

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

Antworten: DIE LINKE. Hessen

1. Seit langem existiert die gesundheitswissenschaftliche Erkenntnis, dass die Krankenhauslandschaft in Hessen und Deutschland strukturell weiterentwickelt werden muss, um Erreichbarkeit in der Fläche und sinnvolle Spezialisierung sicherzustellen. Welchen Stellenwert hat die Versorgungsqualität für Sie als Planungskriterium, und haben Sie eine Zielvorstellung, an welchen Standorten die stationäre Versorgung in Zukunft noch angeboten werden soll?

Es ist auch aus Sicht der hessischen LINKEN dringend erforderlich eine grundlegende Reform der stationären Versorgung anzugehen. Dazu müssen aber zwingend die oft starren Sektorengrenzen hinter sich gelassen und intersektoral oder bestenfalls sektorenfrei geplant werden. Dabei hat die Versorgungsqualität sicherlich eine herausgehobene Bedeutung, aber auch Wohnortnähe, Rettungszeiten und Erreichbarkeit bleiben gerade im ländlichen Raum wichtige Kategorien, um Gefühle des Abgehängtseins nicht noch zu verstärken.

Mit unserem [Gesundheitsplan für Hessen](#) haben wir deshalb schon 2020 einen konkreten Vorschlag unterbreitet, um diese Kriterien im Rahmen der sechs

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

hessischen Gesundheitsregionen zu verbinden und in einem gestuften System umzusetzen. Wir wollen die regionalen Gesundheitskonferenzen als Planungsinstanzen stärken, um vor Ort und in Abstimmung aller Betroffenen zu einer gesicherten und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung zu gelangen.

2. Die Investitionsförderung der Krankenhäuser ist – trotz relevanter Anstrengungen der hessischen Landesregierung – unzureichend und befördert einen Sanierungsstau auch bei bedarfsnotwendigen Häusern. Wie wollen Sie die Investitionsfinanzierung priorisieren, um künftig bedarfsnotwenige Standorte aktiv zu stärken?

Im Krankenhausfinanzierungsgesetz ist eindeutig festgelegt, dass die Länder die Investitionskosten der im jeweiligen Krankenhausplan festgelegten Häuser zu tragen haben. Zu diesem Versprechen steht DIE LINKE. Seit 2015 fordern wir in jeder Haushaltsberatung die drastische Erhöhung der Investitionsmittel. Auch ein reformiertes System braucht eine verlässliche Finanzierung, der beabsichtigte Umbau wird sogar unweigerlich zunächst deutlich höhere Kosten nach sich ziehen, die Bund und Länder gemeinsam zu tragen haben.

Außerdem erlauben wir uns festzustellen, dass große Teile der hessischen Krankenhausfinanzierung bisher nicht durch originäre Landesmittel, sondern insbesondere durch Umlagen der Kommunen getragen werden. Das trägt zur Finanzknappheit vieler Kommunen bei, die deren Möglichkeiten in anderen sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen stark beschränkt und auch die Defizite der kommunalen Kliniken zu tragen haben. Es geht also nicht nur um den Ausgleich weiterhin bestehender Defizite, sondern auch um die dringend erforderliche Besserstellung der hessischen Kommunen.

3. Die ambulante ärztliche Versorgung in Hessen ist zwischen ländlichen und urbanen Regionen ungleich verteilt. Dieser Trend hat sich zuletzt weiter verstärkt. Welche alternativen Steuerungsinstrumente mit sektorenübergreifender Wirkung sind aus Ihrer Sicht vielversprechend?

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

Die zunehmende Zahl unbesetzter Arztsitze im ländlichen Raum bereitet der LINKEN große Sorge. Haus- wie Fachärzt:innen müssen wohnortnah erreichbar sein. Wir glauben nicht, dass Landarztquoten einen nennenswerten Effekt erzielen werden. Vielmehr muss es darum gehen, ein attraktives Arbeits- und Lebensumfeld für junge Ärztinnen und Ärzte zu gestalten. So wissen wir beispielsweise, dass viele von ihnen die Niederlassung scheuen und lieber in Teams arbeiten wollen. Daran knüpft unser Konzept der kommunalen Gesundheitszentren in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand an, in denen Ärztinnen und Ärzte angestellt werden, im direkten fachlichen Austausch arbeiten können und auch mit Pflege, Heilberufen und weiteren Gesundheitsfeldern zusammenwirken können. Feste Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle wären einfacher umsetzbar, Bürokratie und Abrechnungen können gebündelt erbracht werden. Auch ließe sich so leichter sicherstellen, dass beispielsweise Ärztinnen und Ärzte Sprechstunden im ländlichen Raum umsetzen und trotzdem ihren Lebensmittelpunkt im städtischen Ballungsraum behalten. Wir wollen zudem den Kommunen die notwendigen Spielräume geben, um beispielsweise mit garantierter Kinderbetreuung, Bereitstellung von Wohnraum und weiterem als attraktiver Arbeitgeber in Erscheinung zu treten.

4. Die Versorgung von Notfallpatient:innen ist in Hessen derzeit nur unzureichend auf das Patient:innenwohl ausgerichtet. Aufgrund sektoraler Grenzen sowie einer Vielzahl unterschiedlicher rechtlicher Zuständigkeiten und mitwirkender Akteure existieren erhebliche Brüche in der Versorgung. Wie stellen Sie sich die Kooperation und Koordination von kassenärztlichem Notdienst, Rettungsdienst und den Notaufnahmen der Krankenhäuser zukünftig vor, um Fehlsteuerungen und Überlastungen zu vermeiden?
5. Wie sieht aus Ihrer Sicht die Zukunft des Rettungsdienstes aus – auch mit Blick auf Fachkräftemangel, Digitalisierung, Leitstellenstruktur, Luftrettung und die Kooperation seiner Träger?

Die beiden Fragen werden nachfolgend zusammen beantwortet.

Das aktuell in drei hessischen Landkreisen in Erprobung befindliche SaN-Projekt (Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung) weist aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Im Mittelpunkt muss die schnellst- und bestmögliche Versorgung

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

von Patientinnen und Patienten stehen. Dafür ist nicht zwingend immer die Notaufnahme eines Krankenhauses die richtige Anlaufstation, so dass die Einbeziehung des ambulanten Systems Erleichterungen und Entlastungen für alle Beteiligten bedeuten kann. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass diesem Modellprojekt nicht ein vergleichbares Schicksal wie dem Höchster Tresen droht, von dessen flächendeckender Einführung (so der Koalitionsvertrag der amtierenden Landesregierung) nicht viel übriggeblieben ist.

Bei der Patient:innensteuerung können auch bessere digitale Systeme unterstützend wirken. Die für viele Menschen eher verwirrende Aufteilung zwischen der Notfallnummer 112 und der Erreichbarkeit des ärztlichen Notdienstes unter 116 117 sollte mittelfristig durch eine interne Steuerung ersetzt werden. Auch Modellen wie dem Tele-Notarzt stehen wir offen gegenüber, sofern damit die Patient:innensicherheit nicht gefährdet wird. Gerade dann, wenn Rettungswege weiter werden, ist es dringend erforderlich die Rettungsdienste digital so auszugestalten, dass sie mit aufnehmenden Kliniken Gesundheitsdaten austauschen können.

6. Die Eigenbeteiligung, die Pflegebedürftige im ersten Jahr für ihre Versorgung in einem Pflegeheim bezahlen, liegt in Hessen aktuell bei durchschnittlich 2.503 Euro pro Monat und ist über die letzten Jahre kontinuierlich angestiegen. Wie wollen Sie Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finanziell entlasten?

Eine wirksame Entlastung kann nur durch eine Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung erfolgen bei gleichzeitiger Einrichtung einer Bürger:innenversicherung für das Gesundheits- und Pflegesystem. Nur wenn alle Menschen – auch Besserverdienende, Beamte, Selbstständige und Abgeordnete – in die gesetzlichen Versicherungen einzahlen, kann unser Solidarsystem funktionieren und eine vergleichbare Gesundheitsversorgung statt Zwei-Klassen-Medizin ermöglicht werden.

Darüber hinaus muss der Pflegemarkt reguliert werden, um teils zweistellige Renditemargen privater Konzerne auf Kosten der Pflegebedürftigen und der

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

Beschäftigten zu verhindern. Wir setzen auch bei der Pflege auf starke und handlungsfähige Kommunen und eine tatsächliche kommunale Altenhilfeplanung.

7. Laut Gesetz ist Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie schaffen Sie es, dass sich alle hessischen Kommunen stärker als bisher an deren Gestaltung und ihrer landesweiten Umsetzung beteiligen?

Das Land kann und muss die Kommunen besser begleiten und unterstützen, um Prävention tatsächlich umsetzen zu können. Mit dem Hessischen Landesamt für Gesundheit und Pflege sowie der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAGE) verfügt die Landesregierung über ein Instrumentarium, welches bei einer besseren Ausstattung höhere Wirkung entfalten könnte.

Ein zentraler Punkt wäre hierbei eine Gesundheitsberichterstattung des Landes, welche Daten und Lagen vergleichbar macht, um eine Grundlage für präventives und abgestimmtes Handeln zu ermöglichen. Schließlich geht es darum, gesundheitliche Risiken zu verringern und zu vermeiden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst in den Kommunen könnte so besser in die Lage versetzt werden, seinen Aufgaben in diesem Bereich nachzukommen. Auch in anderen Bereichen ist das Land aufgefordert mehr zu unternehmen, etwa bei der Einrichtung einer Landes-Selbsthilfe-Kontaktstelle oder dem flächendeckenden Aufbau eines ambulanten Krisendienstes im sozialpsychiatrischen Bereich.

Der regelhafte Verweis der Landesregierung auf die Kommunen führt nur dazu, dass sich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse immer mehr zuungunsten der ärmeren Kommunen verschiebt.

8. Der digitale Umbau des Gesundheitswesens kommt in Deutschland nach wie vor nur sehr langsam voran. Neue, digitale Anwendungen, wie z.B. ePA und DiGAs/DiPAs sind hier nur einige wenige Beispiele. Insgesamt liegt Deutschland im internationalen Vergleich deutlich zurück. Wie kann Hessen dem entgegenreten?

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

Bei der Digitalisierung ist es aus LINKER Sicht entscheidend, dass immer der gesundheitliche Nutzen für die Patient:innen, die Datensicherheit und Arbeitserleichterungen für die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. Hier muss die digitale Dividende in erster Linie ankommen und Förderungen des Landes darauf ausgerichtet werden.

Im eigenen Zuständigkeitsbereich muss Hessen zudem deutlich schneller werden. Bestes Beispiel ist die dringend erforderliche, seit Jahren angekündigte und noch immer nicht in der Umsetzung befindliche Einheitliche Software für die hessischen Gesundheitsämter. Auch bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sollte eine Digitalisierung der Abläufe dazu genutzt werden, um Menschen schneller den Zugang zur Arbeit in ihren jeweiligen (medizinischen) Berufen zu ermöglichen.

9. Der Klimawandel und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Gesundheit rücken auch die Gesundheitswirtschaft in den Fokus. Im Rahmen der bestehenden Versorgungsstrukturen gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Gesundheitssystem nachhaltiger auszurichten und gegenüber den Anforderungen des Klimawandels resilienter zu machen. Welche Maßnahmen schlagen Sie hierzu vor?

DIE LINKE. Hessen will klimagerechte Kliniken schaffen. Auch unsere Krankenhäuser müssen zur Begrenzung des Klimawandels beitragen. Wir fordern ein Investitionsprogramm des Landes für den klimagerechten Umbau. Kliniken bieten ideale Bedingungen für Solarfassaden und -dächer, vertikale Windkraftanlagen und eine effektive Abwärmenutzung. Nachhaltige Beschaffung und die Reduzierung von Abfällen müssen verstärkt werden. Jobtickets und Jobbikes schonen nicht nur die Umwelt, sondern fördern auch die Attraktivität der Kliniken für Jobsuchende. Nicht zuletzt bedeutet Klimafolgenanpassung auch große medizinische Herausforderungen durch veränderte Krankheitsbilder oder neue, bisher in Deutschland untypische Gesundheitsgefahren. Darauf müssen wir uns vorbereiten und insbesondere den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken, um politische Impulse für die Klimaanpassung zu geben.

Kontakt:

Heike Kronenberg
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen
Referatsleiterin Politik und Kommunikation
Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt
Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com

Stand: 18.07.2023

10. In der gesetzlichen Krankenversicherung garantiert nur eine solide und solidarische Finanzbasis den Versicherten eine umfassende und qualitativ gute medizinische Versorgung. Wie sieht aus Ihrer Sicht eine auskömmliche und nachhaltige GKV-Finanzierung aus, und wie tragen Sie dazu bei, dass der Bund eine solche auch umsetzt?

DIE LINKE will die Gesetzliche Krankenversicherung stärken und zu einer Bürger:innenversicherung weiterentwickeln, in der alle Menschen in Deutschland Mitglied sind. Um die Finanzkraft zu stärken, wollen wir dabei alle Einkommensarten einbeziehen, die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen, um hohe Einkommen nicht länger zu privilegieren, und die Privaten Krankenversicherungen auf nicht notwendige Zusatzversicherungen beschränken.

Die daraus resultierenden Zusatzeinnahmen würden nicht nur helfen das System zu stabilisieren, bessere Löhne zu zahlen und bisherige Zuzahlungen abzuschaffen, sondern auch mehr Gerechtigkeit statt der bisherigen Zwei-Klassen-Medizin erzeugen.

Für diese Prinzipien streiten wir sowohl im Bundestag als auch in allen Bundesländern mit LINKER Regierungsbeteiligung.

Kontakt:

Heike Kronenberg

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung Hessen

Referatsleiterin Politik und Kommunikation

Walter-Kolb-Str. 9 - 11, 60594 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 96 21 68 - 20, Fax: 0 69 / 96 21 68 - 90, Mobil: 0 173 / 73 83 63 7 heike.kronenberg@vdek.com / www.vdek.com